



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preisklasse 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 13.—19. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 20 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Teuerungszulagen im Buchdruckergewerbe.

Wir bringen in dieser Nummer die Bekanntmachung des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker über die Erhöhung der den Gehilfen gewährten Teuerungszulagen. Auch unsererseits war ein Antrag an den Deutschen Buchdrucker-Verein gerichtet, ebenfalls Verhandlungen anzusetzen, um auch für unsere Kollegenschaft im ähnlichen Sinne Teuerungszulagen zu empfehlen. Dieser Antrag des Verbandsvorstandes ist aber abgelehnt worden. In der „Zeitschrift“ wird über die Erledigung unseres Antrages in folgender Form berichtet:

Dem Gesuche des Hilfsarbeiterverbandes, mit einer Vertretung seines Vorstandes in mündliche Verhandlungen über die Gewährung von Teuerungszulagen einzutreten, konnte nicht entsprochen werden, da ein allgemeiner Tarif für die Hilfsarbeiter nicht mehr besteht und die Gewährung etwaiger Zulagen auf die vereinbarten örtlichen Tarife den dafür zuständigen Ortsvertretungen überlassen werden muß. Der Vorstand beschloß aber, die Berücksichtigung der Hilfsarbeiter, soweit sie zum zuständigen Personal der Druckereien gehören und nicht infolge Neueinstellung bereits den heutigen Verhältnissen angepaßte Löhne erhalten, bei Gewährung der Teuerungszulagen mit zu befürworten, was hierdurch geschieht.

Es ist unverständlich, wenn prinzipiell festgelegt wird, daß ein allgemeiner Tarif nicht mehr besteht. Diese eigenartige Auffassung ist geeignet, Mißverständnisse zu erzeugen, daher sei an dieser Stelle folgendes festgelegt:

Nach Scheitern der Verhandlung unter Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Leipzig im November 1911 hat auf unseren Antrag das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker die Prinzipalvertreter aller Tariforte zu einer Verhandlung eingeladen, und alle Tariforte, außer Leipzig, Hannover und Frankfurt a. M. schickten prinzipiell ihre Vertreter. (Frankfurt a. M. hat später örtlich den Tarif abgeschlossen, unter Anerkennung der allgemeinen Bestimmungen.)

Die Verhandlungen im Dezember 1911 wurden auf der Grundlage der 1906 in gemeinsamer Verhandlung mit dem Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins vereinbarten allgemeinen Bestimmungen abgeschlossen. Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins war durch seinen damaligen Vorsitzenden, Herrn Dr. Petersmann, vertreten, der ebenso wie der Vorstand unseres Verbandes das Protokoll der Schlussverhandlung durch Unterschrift anerkannt hat. Damit ist festgestellt, daß die Tarife in derselben Form, wie sie vorher bestanden haben, auch seit Dezember 1911 jetzt noch bestehen.

Ferner besteht auf Grund des in Berlin, Dezember 1911, abgeschlossenen Tarifabkommens der Haftungsvertrag, den der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins mit unserem Verbandsvorstand für die Tariforte abgeschlossen hat.

Ein engeres Tarifverhältnis wie wir hat auch der Verband der Deutschen Buchdrucker zur Prinzipalvereinigung nicht; denn der Gehilfentarif ist von Allgemeinheit zur Allgemeinheit abgeschlossen und sind bei den Verhandlungen ebenfalls die beiderseitigen Organisationsvertreter der Hauptleitung antwesend, die mit beraten und unterzeichnen und jeder zu seinem Teil die Verpflichtung übernimmt, die getroffenen Vereinbarungen inne zu halten und zu fördern.

Am Hauptort des Deutschen Buchdrucker-Vereins haben aber wir die Förderung der im Dezember 1911 in Berlin getroffenen Vereinbarungen sehr begehrt.

Der 1911 abgeschlossene Tarif besteht durch erfolgte Zustimmung zur Verlängerung aus allen Tariforten bis Dezember 1917. Diese Tatsache ist bekannt gemacht worden und dürfte auch dem Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins bekannt sein.

Zu dem Hinweis, daß der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins Teuerungszulagen für das ständige Hilfspersonal befürwortet, soweit nicht durch Neueinstellung bereits den heutigen Verhältnissen angepaßte Löhne bezahlt werden, wird ja unsere Gauleiter-Konferenz Stellung nehmen.

Den Gehilfen sind 30 Prozent Teuerungszulage zum Minimum bewilligt worden. Dem Hilfspersonal, das unter denselben Preissteigerungen zu leiden hat, muß dasselbe gegeben werden.

Die prinzipiell festgelegten bei Verhandlungen oft hervorgehobenen notwendigen Unterschiede in der Bezahlung zwischen Gehilfen und Hilfspersonal können hierbei keine Anwendung finden; denn die Lohnunterschiede bestehen ja. Es handelt sich um Teuerungszulagen und die Teuerung trifft alle gleich schwer.

In den Tarifstädten wird zur Berechnung der Teuerungszulagen der Minimallohn die Grundlage bilden. In den anderen Städten werden wir den in Druckereien üblichen Lohn für das Hilfspersonal als Grundlage nehmen.

Niemals war der Mangel an eingearbeiteten Kräften so groß als jetzt, und daher wird es der Kollegenschaft gelingen, Teuerungszulagen von 30 Prozent zu erhalten, wenn alle für die Forderungen energisch eintreten. Ertigte Mithilfe und die Unterstützung der Organisation bei der Durchführung der Teuerungszulagen wird den Mitgliedern in weitgehendster Weise zugesichert.

Teuerungszulagen für die Gehilfen.

Am 24. April hat in Leipzig eine Verhandlung stattgefunden, in welcher vom Deutschen Buchdrucker-Verein und den Vertretern des Buch-

druckerverbandes die nachstehenden Teuerungszulagen bewilligt wurden.

Der Tarifausschuß hat diesen Vereinbarungen seine Zustimmung erteilt.

Bekanntmachung.

Auf Anregung des Tarifamtes hat der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker beschlossen, eine abermalige

Erhöhung der den Gehilfen gewährten Teuerungszulage

eintreten zu lassen. Der Tarifausschuß ist mit dem Tarifamt der Meinung, daß sich die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker dieser vaterländischen Pflicht nicht entziehen kann und darf, und daß die tariftreue Prinzipalität sich deshalb bereifinden muß, die aus diesem Beschluß ihr entstehenden Opfer auf sich zu nehmen. Die Mitglieder des Tarifausschusses sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Beschluß nicht zu vermeiden war, und daß derselbe im Interesse der Betriebsfähigkeit unserer Buchdruckereien und der damit verbundenen Leistungsfähigkeit der Gehilfenschaft erfolgen mußte. Eine ausführlichere Begründung zu diesem Beschlusse glaubt sich der Tarifausschuß verlagen zu dürfen.

Für die Mitglieder der Tarifgemeinschaft haben deshalb die nachstehenden Beschlüsse vom Tage der Verkündung an verbindliche Kraft:

1. Die bisher monatlich gewährte Teuerungszulage soll ab Mai d. J. wöchentlich als Teuerungszulage zur Auszahlung kommen, und zwar entsprechend der nachfolgenden Tabelle:

In Orten	bis mit 10 Proz. Lokalaufschlag	
	für Mehrteile	für ledige K.
bei 0—1 Mk. über Minimum	7,50	6,—
über 1—3 " " "	6,50	5,—
" 3—5 " " "	5,50	4,—
" 5—7 " " "	5,—	3,—
" 7—9 " " "	3,50	2,—
bei höheren Löhnen	8,—	2,—
	über 10 bis mit 15 Proz Lokalaufschl	
bei 0—1 Mk. über Minimum	8,50	7,—
über 1—3 " " "	7,50	6,—
" 3—5 " " "	6,50	5,—
" 5—7 " " "	6,—	4,—
" 7—9 " " "	5,—	3,—
bei höheren Löhnen	8,50	2,—
	über 15 Prozent Lokalaufschlag	
bei 0—1 Mk. über Minimum	9,50	8,—
über 1—3 " " "	8,50	7,—
" 3—5 " " "	7,50	6,—
" 5—7 " " "	6,50	5,—
" 7—9 " " "	6,—	4,—
bei höheren Löhnen	4,50	3,—

2. Gehilfen, die im Berechnen stehen, haben Anspruch auf dieselbe Teuerungszulage. Für Fest-

setzung der Höhe ihres Wochenlohnes ist ihr Verdienst maßgebend in den sechs Arbeitswochen, die vor dem ersten Jahrtag im Mai gelegen sind. In diese Zeit fallende Feiertage sind wie Arbeitstage mit Verdienst zu verrechnen.

3. Die Kinderzulage kommt ab Mai in Fortfall.

4. Die vorstehenden Teuerungszulagen sind erstmalig fällig am ersten Jahrtag im Monat Mai.

5. Für den Monat April bleibt es bei der bisher gültigen Teuerungszulage, doch soll den Gehilfen für diesen Monat ein Betrag von 5 M. nachgezahlt werden; d. h., daß derjenige Gehilfe, der 3. B. für den Monat April 15 M. als Teuerungszulage erhält, statt dessen 20 M. erhalten soll. Derjenige Gehilfe, der bis Ende April seine Stellung beim bisherigen Prinzipal aufgegeben, hat keinen Anspruch auf Nachzahlung dieser 5 M. oder Teile dieser Summe.

6. Seit Dezember 1916 bewilligte höhere Teuerungszulagen dürfen mit der jetzt beschlossenen Erhöhung ausgeglichen werden; d. h. derjenige Prinzipal, der bisher über die festgesetzte Staffel hinausgegangen, ist nicht verpflichtet, dieses Plus über die früher gewährte Zulage nun auch auf die neue zu bezahlen. Sind dagegen Teuerungszulagen gezahlt worden, die über die heute festgesetzte Summe hinausgehen, so soll ein Heruntergehen von der bisher gezahlten Summe auf die jetzt beschlossene nicht stattfinden. Lohnaufbesserungen sind mit Teuerungszulagen nicht gleichgeltend, und deshalb bleiben Lohnaufbesserungen von allen diesen Beschlüssen gänzlich unberührt.

7. Verfaumnisse in der Zahlung bis zur zweiten Lohnwoche, ebenso eine bis dahin verjäherte Nachzahlung der für April nachbewilligten Summe von 5 M. darf gegenseitig nicht beanstandet werden.

8. Der Stundenlohn bei Leistung von Ueberarbeit wird nach wie vor nach dem Wochenlohn und nicht unter Hinzuziehung der Teuerungszulage ermittelt.

Berlin, 30. April 1917.

Im Auftrage des Tarifausschusses:

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Hugo Wolfenstein, Prinzipalvorsitzender.

L. H. Giesecke, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Feldpostbriefe unserer Kollegen.

Ein heiterer Tag.

(Schluß.)

„Gib uns doch mal einen!“ rief jemand von den Betten und winkte.

„Bieg still, Du, Pferd!“ schrie ihn sein Nachbar an.

Der richtete sich hoch auf. „Was wollt ihr?“

Da knackte es, und im Ru waren die in den unteren Betten Liegenden heraus. Auch von der „Galerie“ wollte man sich retten. Zu spät. Das Gerüst schwankte und brach in sich zusammen. Man sah zappelnde Arme und Beine zwischen den Brettern. Die andern drängten in einem Wirren, sich windenden Knäuel dem Ausgang zu. Wir in unserer geschützten Ecke aber lachten Tränen. Die Verunglückten schimpften sich erst weidlich aus, mußten dann aber den Schaden reparieren. Sie verabschiedeten sich von uns mit dem Bemerkten, wir sollten ihnen mit unserem jämmerlichen Gesänge gestohlen bleiben für alle Zeiten.

Uns verdroß das nicht. Wir feterten noch ein Stündchen und hätten sicher noch länger gefessen, wenn nicht die Zeit zum Aufbruch gemahnt hätte. Wir hatten einen strammen Weg im Dunkel längs der Front vor uns, um zu unserem Geschütz, das gut gedeckt in einer einsamen Mulde eingegraben war und die Russen tagsüber nicht wenig ärgerte, zu gelangen. In der letzten Minute schloß sich der „Doktor“ an. Wir erzählten ihm von einer Flasche Rheinwein und versprachen ein gutes Nachtlager. Im Gänsemarsch stolperten wir durch das Dunkel. Alwin immer gut fünf Meter allen voraus. Ich als Kleinster beschloß den Zug.

Die Konjunktur nach dem Kriege.

Der große Weltkrieg hat manche Voraussage zunichte gemacht, von vielen Prophezeiungen ist gerade das Gegenteil eingetreten. Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht zusammengebrochen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat sich als außerordentlich elastisch und anpassungsfähig erwiesen. Sie ist, um sich zu erhalten, auch nicht davor zurückgeschreckt, der sozialistischen Wirtschaftsform Konzessionen zu machen, und sei es auch nur in der „Abart“ des „Kriegssozialismus“. Es ist erklärlich, daß auch die Frage mit ebenso großem Interesse erörtert wird: Wie wird die Hinüberleitung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft vor sich gehen, welche Konjunktur werden wir nach dem Kriege haben? Und von ganz besonderem Interesse ist diese Frage natürlich für die Arbeiterschaft.

Ziemlich allgemein ist die Auffassung vertreten, daß die Wunden, die der Krieg geschlagen, in kurzer Zeit vernarbt sein werden, und daß wir dann einer Periode ungewöhnlicher Prosperität entgegengehen. Zu denjenigen, die dieser Auffassung sind, gehören besonders Männer der Praxis, Leute, wie Ballin, Heinkele, Thyssen, von Gwinner, Generaldirektor Hilger, ferner auch der bekannte freisinnige Wirtschaftspolitiker Bergrat Gothein. In einem sehr spezialisierten Artikel über „die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege“ in der Zeitschrift des Deutschen Handelsverbandsvereins zeichnet er die wirtschaftliche Lage nach dem Kriege etwa so: Nach dem Frieden werde der Kohlenbedarf steigen, die Eisenindustrie wird stark beschäftigt sein, denn der Bau von Seedampfern müsse sofort einsetzen, um den Anforderungen des Handels genügen zu können. Der Wiederaufbau der zerstörten Gegenden werde eine gute Konjunktur für die Bauindustrie hervorrufen, wodurch wiederum eine Reihe anderer Industrien gefördert werden. Die Maschinen- und Elektrizitätsindustrie werde einen enormen Bedarf an Friedensartikeln vorfinden, und nach den Erzeugnissen der chemischen Industrie, der Leder-, Pelz-, Musikinstrumentenindustrie, den Waren der lithographischen und Kunstgewerbe „hungert die Welt“. Sind aber die oben genannten großen Industrien voll beschäftigt, dann kann es auch der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Möbel-, Glas- und Porzellanindustrie und dem Handwerk an Aufträgen nicht fehlen.

Die meisten dieser Urteile stützen sich auf einen Analogieschluß. Bekanntlich trat nach dem Frank-

furter Frieden 1871 ein glänzender Aufschwung in Deutschland ein, der sich auch auf einen Teil der übrigen Welt verbreitete. Dieser Aufschwung war bei uns getragen und abhängig von drei Voraussetzungen, deren Zutreffen oder Nichtzutreffen für den jetzigen Krieg in Frage steht:

1. Der Krieg gegen Frankreich war für uns siegreich gewesen, und er war (gemessen an dem heutigen Weltkrieg) ein Krieg in kleinem Rahmen und von kurzer Dauer, der verhältnismäßig rasch zu einer leicht erkennbaren Entscheidung führte.

2. Der deutsch-französische Krieg brachte uns eine Kriegsentfädigung von fünf Milliarden Franken, die infolge der mit der Ausgabe dieses Geldes verknüpften Staatsbestellungen der deutschen Industrie und dem Handel große neue Aufträge zuführte.

3. Das neue Deutsche Reich erhielt eine neue freiheitliche Gesetzgebung. Der Freihandel wurde durchgeführt und eine Reihe anderer, das wirtschaftliche Leben günstig beeinflussender Maßnahmen.

Werden diese Voraussetzungen sich wiederholen?

Das ist die Frage, die der Professor Dr. Stiilich in einem Schriftchen („Leben wir einer Hochkonjunktur entgegen?“ Industriebeamten-Verlag, Berlin) untersucht. In unseren weiteren Ausführungen folgen wir im allgemeinen seinem Gedankengange, ohne zunächst eine Polemik mit seinen Argumenten anzuknüpfen.

Der Ausgang des Krieges ist durchaus unsicher. Niemand kann mit Gewißheit voraussagen, unter welchen Bedingungen der Friede geschlossen werden wird. Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Konjunktur nach dem Frieden ist dies aber auch nicht von prinzipieller Entscheidung. Vor allem dann, wenn das System des bewaffneten Friedens nicht aufgegeben wird, sondern nach wie vor die Völker sich bis an die Zähne gewappnet gegenüberstehen, so daß Umsatzen für Rüstungen zu Wasser und zu Lande produktiven Zwecken entzogen werden.

Von grundlegender Bedeutung für die Konjunktur nach dem Kriege wird zunächst die Höhe der Löhne, und zwar der Reallohn und -gehälter sein. Ein großer Teil der zurücktreibenden Arbeiter, Angestellten, technischen Beamten usw. wird durch den Krieg von seiner Arbeitskraft eingebüßt haben. Hunderttausende haben durch die Strapazen des Feldzuges vermaßen gelitten (durch Krankheiten, Verwundungen usw.), daß sie in ihrer Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sein werden. Dieses Minus wird zum Ausbruch

„Steig' nur runter. Wir haben Besuch.“

„Na, da bin ich neugierig.“ — Er ging.

Ich starrte wieder in die dunkle Nacht.

Im Unterstand waren sie still geworden. Ich verließ meinen Platz. Ich kontrollierte alles; die Geschosse lagen bereit, die Richtmittel waren zur Stelle, in kürzester Zeit konnten wir schußbereit sein. Ich öffnete den Verschluss. Geladen! Ich kletterte wieder nach oben, ging langsam bis zum Unterstand und stellte mich auf die dritte Stufe.

Wie still das war. Kein Schuß fiel. Alles lag in regungsloser Ruhe. Nur manchmal ließen die Schatten des manns hohen Unkrautes über den Boden, wenn eine Leuchtluke aus dem Graben ihr mattes grünes Licht herüberwarf. Und kein Lüftchen spürte man. Die Gräser standen ganz still. Doch etwas bewegten sie sich jetzt. So schien es mir.

Kanu! — Raschelte es nicht im Grase?

Vielleicht eine Raqe. Ich lauschte angestrengt.

Als Posten mußt Du immer misstrauisch sein, sagte ich mir und entscherte das Gewehr besuchsam. Allmählich richtete ich mich hoch. Ich hörte jetzt sehr gut, da war jemand am Drahtverhau. Durchzwängen konnte sich niemand. War es ein Mensch, mußte er darüber hinweg. Ich wartete ruhig. Da klorre leise der Draht.

Ich hob das Gewehr.

„Salt!“ — Es zerrte und riß jemand.

Der Schuß krachte.

Ich sprang sofort einige Schritte zur Seite. Das Mündungsfeuer mußte meinen Standort verraten haben. Wenn ich nicht getroffen hatte, würde der andere sich wehren. Er hatte Grund dazu. —

Unterwegs deklamerte Albert allerhand krauses Zeug. Dazwischen erzählte er, daß er eine heimliche Liebe zu Hause gelassen hätte, die Paula hieße, und bald begann er nach einer bekannten Melodie zu singen: „Paula, ich singe Dir ein Lied.“ Wir blieben stehen und stimmten mit ein. Ein sonderbares Bild. Vor uns, durch einen Höhenzug getrennt, lag die Front. Unaufhörlich knallte das Feuer der Infanterie. Dazwischen ratterten in kurzen, schnell aufeinander folgenden Schlägen die Maschinengewehre, und seinen Grundton fand der Feuerlärm in dem dumpfen, trachenden Aufschlagen der Minen. Aber hier sangen vier vergnügte Menschen ein lustiges Lied.

Dann ging es weiter. Wir tappten am Draht entlang und gelangten endlich in die Stellung.

Ich zog auf Posten. Von unserer Seite wurde fast gar nicht geschossen. Die Russen schossen ausnahmslos zu hoch. Sofort nach dem Abschuß surrte die Kugel in der Regel über unsere Stellung hinweg. Schließlich war es ganz still.

Ich spähte in das Dunkel hinaus. Nichts war zu erkennen. Jetzt sangen sie im Unterstand. Unser „Doktor“ war es. Seine prächtige, warme Stimme schallte unbedeutlich aus dem tiefen Erdloch zu mir herauf. Da blitzte eine Taschenlampe auf. Es kam einer aus dem andern Unterstand auf mich zu.

„Hallo!“ rief ich.

Er leuchtete sich mit der Taschenlampe ins Gesicht. Ich erkannte den Geschützführer.

„Na, wie war's?“ fragte er.

„Wir hatten vollen Erfolg.“

„Kein Wunder, bei Deiner Leitung. — Wer singt denn da noch?“

kommen in schlechterer Bezahlung. Aber es kommt bei der Bestimmung des Lohnniveaus nicht bloß auf die Qualität, sondern auch auf die Zahl der sich anbietenden an. Diese ist durch den Krieg dezimiert. Erstens scheiden die Toten und schwer Verkrüppelten aus. Zweitens ein beträchtlicher Teil der ausländischen Arbeiter, die zunächst wenigstens nicht in derselben Masse wiederkommen, wie vor dem Kriege. Diese der Lohnentwicklung günstigen Faktoren werden aber wieder nicht unwesentlich korrigiert durch Masseneinstellung weiblicher Arbeitskräfte. Die Frau hat während des Krieges ihren Einzug in fast alle Industrien gehalten, und selbst die konservativen Staatsbetriebe haben sich durch Arbeitermangel genötigt gesehen, mit ihr die in der Verwaltung entstandenen Lücken auszufüllen. So ist eine ungeheure Arme unqualifizierter Arbeiter entstanden. Ein zahlreiches Proletariat von Frauen, denen der Ernährer fehlt, wird sich weiter in verschiedenen Berufen anbieten. Wenn mit Ende des Krieges die jetzt wirkenden Hemmungen gegen die lohnensenden Tendenzen ausgeschaltet sein werden, tritt die Masse der Frauen noch mehr als Lohnbrüderin auf. Die Gegenwirkungen der gewerkschaftlichen Aktion, die sich einer fallenden Lohnrate widersetzen wird, dürfen (nach Stüllich) nicht überschätzt werden. Aus alledem sei der sichere Schluß zu ziehen: Die Arbeiter werden weniger Geld verdienen. Sie werden infolgedessen weniger kaufen können und auf das nicht absolut Notwendige verzichten müssen.

Rum hängt der Lohn aber nicht nur von der Qualität und der Zahl der Arbeiter ab, sondern auch von der Größe des nach Arbeit fragenden Kapitals. Wird der für die Zwecke der Entlohnung nötige Teil des umlaufenden Kapitals nach dem Kriege zunehmen, dann wird die Nachfrage nach Arbeitskräften wachsen und der Lohn steigen. Wird jedoch die hier in Betracht kommende Kapitalmenge eine starke Einschränkung erfahren, dann wird notwendigerweise der Lohn zurückgehen.

Es ist anzunehmen, daß wir in Deutschland auf Zustrom an Kapital aus dem Ausland, etwa auf dem Anleihewege, nicht rechnen können. Die meisten Länder werden ihr Geld selbst brauchen; im Innern ist eine Einschränkung des Kredits zu erwarten. Der Krieg hat unser Land von allen zur Produktion nötigen Rohstoffen entblößt, die zum Teil nur durch Import aus dem Auslande zu beschaffen sind. Alle in Betracht kommenden Länder werden ihre Produkte nur

In der Stellung wurde es lebendig.

„Posten!“ schrie es.

„Hier, am Granatloch!“

„Haft Du geschossen?“

„Jawohl. Gewehr mitbringen! Deckung nehmen gegen den Drahtverhau!“

Jetzt lagen wir sechs Mann in einer Reihe und trocken langsam nach vorn. Hinter uns im Graben knallte es nun immerfort, als wenn mein Schuß alles alarmiert hätte.

Hier der Draht. Es war nichts zu hören und zu sehen. Nun aufgerichtet, das Gewehr hoch und rüber.

Da flammete ein Feuerstrahl zehn Meter vor uns auf, eine Kugel pfliff an uns vorbei.

Sast zu gleicher Zeit stürzten wir vorwärts. Es wurde hell, wir bekamen Grabenbeleuchtung.

Aha, da war unser Mann, ein Russe.

Unser „Doktor“ tollerte schon mit ihm den steilen Berg hinunter. Nach wenigen Minuten hatten wir den Störenfried im Unterstand, etwas beschädigt zwar, aber sonst noch ganz gut erhalten. Nur die Sprache hatte er verloren. Alberts einbringlichste Worte vermochten nicht, ihm einen Laut zu entlocken. Am andern Morgen gaben wir den stummen Kerl ab.

Der verschrammte „Doktor“ wurde diesmal von uns behandelt. Er machte ein schiefes Gesicht beim Verbinden und Massieren. Ob er wohl gern Vergeltung üben will? Sicherlich. Doch er hat dazu noch keine Gelegenheit bekommen, und seine schwarzen Absichten werden hoffentlich auch fernerehin durchkreuzt werden.

gegen Gold abgeben. Gegen Gold, das zurzeit in den Kellern der Reichsbank aufgespeichert liegt, und das das Reich dem einzelnen während des Krieges auszuführen verboten hat. Der Kampf um das Gold wird die Lösung nach dem Kriege sein. Die Ausfuhr von Waren, mit denen wir sonst die Einfuhr bezahlten, wird nach dem Kriege in den ersten Jahren eine geringere sein, weil wir zuerst selbst der Rohstoffe zur Produktion bedürfen. Sodann auch deshalb, weil die ehemaligen Absatzgebiete zum Teil verloren gegangen sind, auch wenn der von den Ententeländern in Szene gesetzte Wirtschaftskrieg gegen Deutschland den gewinnlichsten Erfolg nicht in vollem Umfange haben sollte. Die Verminderung des Goldvorrats im Inlande wird eine Senkung des Zinsfußes im Gefolge haben. Allerdings könnte durch Maßnahmen des Staates die bisherige Suspension der Bareinlösung nach Friedensschluß aufrechterhalten bleiben, wodurch auch der Zinsfuß und damit der Kredit und der Kapitalumschlag beeinflusst würde. Wird der Goldvorrat durch Zahlungen an das Ausland wieder kleiner, dann wird das auch auf die Warenpreise einwirken. Diese werden einen Rückgang erfahren, und als weitere Folge die Unternehmertätigkeit unter Druck halten. Unter seinem Einfluß werden auch die Löhne zurückgehen. Die Senkung der Preise und Löhne braucht nicht in allen Industrien bemerkbar oder doch nicht die gleiche zu sein. Die Massengüter z. B., die wir aus dem Ausland beziehen, wie Weizen, Wolle, Petroleum, werden durch den ungünstigen Stand der deutschen Baluta, durch die hohen Transportkosten und durch die handelspolitischen Maßnahmen des Auslandes, gestiegerte Preise erhalten.

Deutschland wird Mittel und Wege finden müssen, die ungünstige Wirkung der schlechten Baluta aufzuheben. In erster Linie kommt da in Betracht die Steigerung der Ausfuhr, die während des Krieges auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Die Wiederbelebung der Produktion für den Export wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach nur langsam vor sich gehen. Auch die Verminderung der Einfuhr kann den Stand der Baluta verbessern. Einfuhrverbote wurden während des Krieges für eine große Anzahl von Gegenständen erlassen, wie: feine Genussmittel, Liköre, Schaumwein, Seiden- und Pelzwaren, Schmuckachen, Edelsteine, Gemälde usw. Es ist sehr fraglich, ob derartige Verbote nach dem Kriege aufrechterhalten bleiben können; Einfuhrverbote oder auch nur Einfuhrerschwerisse werden immer Gegenmaßnahmen anderer Länder hervorrufen.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Konjunktur nach dem Kriege dürfen die Bemühungen der feindlichen Länder, den Mittelmächten die Absatzgebiete auf dem Weltmarkt abzuschneiden, nicht unterschätzt werden. In England und Frankreich haben sich zahlreiche Ligen gebildet, die für einzelne Industriezweige die Verdrängung des deutschen Handels im Auslande betreiben. Dazu kommt der sicher zu erwartende engere Zusammenschluß der englischen Kolonien und Dominien mit dem Mutterlande zu einem britischen Imperium, das versuchen wird, seine Glieder durch Zollschranken zu stärken.

Am Schluß seiner Darlegungen kommt Dr. Stüllich zu folgenden Ergebnissen:

„So werden in unserem Vaterlande nach dem Kriege jene Kennzeichen vorhanden sein, die man im Wirtschaftslieben unter der Kollektivbezeichnung „Krise“ kennt: verminderte Kaufkraft der Massen, niedrige Löhne, Kapitalmangel und Einschränkung des Kredits, für die Waren teils niedrige, teils hohe Preise — mit einem Wort: Stagnation auf den Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit und Verschlechterung der gesamten volkswirtschaftlichen Lage im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege.“

Das ist ein wenig erfreuliches Bild, von dem wir nur wünschen können, daß es in mancher Hinsicht korrigiert werden möge durch wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, deren Keime während der Kriegszeit gelegt worden sind. Im wesentlichen aber dürfte das von Dr. Stüllich Gesagte für die ersten Jahre nach dem Kriege wohl

zutreffen, und die Arbeiterklasse hat alle Ursache, sich auf schwere Zeiten vorzubereiten. Ein Verbrechen begeht, der die Kraft der Arbeiterschaft schwächt durch Zerstückung seiner Organisationen, Untergrabung des Vertrauens der Massen zu ihren Führern. Die Gewerkschaften werden sich auf große und schwere Kämpfe gefaßt machen müssen gegen Lohnruhr und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Nur eine geschlossene Phalanx bietet Aussicht auf Erfolg.

H. P.

Förderung des Kleinwohnens.

II.

Erfreulicherweise wächst die Einsicht in die Bedeutung der Wohnungsfrage für die Volkswohlfahrt in allen Kreisen. Als Beweis hierfür mag der „Gesekentwurf zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse“ dienen, den die preussische Regierung, die bislang nicht gerade im Rufe des sozialen Fortschritts stand, neuerdings dem Landtage zur Beratung und Annahme vorgelegt hat. In der Begründung heißt es, daß die Regelung der brennenden Wohnungsfrage nunmehr unaufschiebbar geworden sei; nach den schweren Verlusten, die der Krieg unserm Volke gebracht habe, halte die Regierung die Herstellung von Kleinwohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen Personenkreis für eine wichtige Aufgabe. Es genüge nicht, einzelnen Baugenossenschaften Staatsdarlehen zu geben, es sei vielmehr erforderlich, den Staat unmittelbar bei der Begründung solcher Genossenschaften mit Geldeinlagen zu beteiligen. Auf diese Weise würden kapitalträchtige Bauvereinigungen entstehen, die insofern stärker eigener Mittel leistungsfähiger seien, als solche ohne genügendes Eigenkapital. Es könne auch erwartet werden, daß sich der Staat mit Gemeinden und Kommunalverbänden zu Bauvereinigungen zusammenschließen zur Förderung des Kleinwohnens. Zur Erreichung dieses Zweckes soll der Regierung die Summe von 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, mit der sie sich an den Baugenossenschaften beteiligen kann. Außerdem wird in dem Gesekentwurf eine Summe von jährlich zehn Millionen auf zehn Jahre, also insgesamt 100 Millionen Mark, gefordert, wofür der preussische Staat die Bürgschaft für zweite Hypotheken übernehmen will, die den Baugenossenschaften von anderer Seite gegeben werden. Alles in allem genommen beweist der Staat dadurch, daß er die unmittelbare Förderung des Kleinwohnens als eine wichtige Zukunftsaufgabe betrachtet. Hierzu kommt dann noch eine zeitgemäße Reform der Bebauungspläne und Bauordnungen, die Rücksicht nimmt auf eine wirtschaftliche und gesundheitlich richtige Verdrängung des Wohnungsbedürfnisses der Unterschichten und die die private Baulust fördern soll. Endlich soll noch Fürsorge getroffen werden für eine sachgemäße Wohnungsaufsicht, die durch neu zu schaffende Wohnungssämter ausgeübt werden soll. Diese Aufsicht soll sich auf die Errichtung und Instandhaltung der Wohnungen, auf ihre bauliche Beschaffung usw. erstrecken.

Die Vertreterkonferenz der Baugenossenschaftsverbände, die vor kurzem getagt hat, hat ihre rückhaltlose Zustimmung zu den Absichten der preussischen Regierung erklärt, hält aber statt der Bürgschaftsübernahme eine stärkere Vereinfachung harter Selbstmittel für wünschenswert. Auch war sie der Meinung, daß in dem Gesetze die Ueberlegenheit der Genossenschaften über andere Bauvereinigungen zum Ausdruck gebracht werden müsse, da die genossenschaftliche Organisationsform, die auf dem Grundsatze der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung beruhe, in sozialer und sittlicher Beziehung große Vorzüge aufweise gegenüber anderen Organisationsformen und auch größere Erfolge erzielt habe als jene. Sodann wird noch der Gedanke angeregt, ob es nicht auch die Aufgabe des Staates sei, durch eine gesunde Bodenpolitik die Beschaffung des notwendigen Baulandes zu erleichtern. Auch der preussische Landtag und der Deutsche Verein für Wohnungsreform haben grundsätzlich die Bestimmungen des Gesekentwurfs

gebiligt, wenn sie auch darin auseinandergehen, daß ersterer einer Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung widerstrebt, während letzterer den Organen des Staates am liebsten noch ein weitergehendes Mitbestimmungs- und Aufsichtrecht einräumen möchte.

Im unerfreulichen Gegensatz zu den Anhängern einer vernünftigen Wohnungsreform macht sich auch ein starker Widerspruch bemerkbar. Zunächst erschien der Schutzverband für deutschen Grundbesitz, die Interessenvertretung der Grundstücksinhaber und Hausagrarien, auf dem Plane und verdonnerte den Gesekentwurf in Grund und Boden. Er leugnete rundweg, daß eine Wohnungsnot bestehe und nach dem Kriege bestehen werde, und vor allen Dingen bestritt er dem Staate das Recht, die gemeinnützige Bau-tätigkeit durch Bereitstellung von Geldmitteln und durch Uebernahme von Bürgschaften zu unterstützen. Es werden hier die alten, schon hundertmal widerlegten Scheingründe vorgebracht, denen man eine unverbiente Ehre antäte, wenn man ernstlich auf sie einginge. Auch der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe wendet sich gegen den Gesekentwurf, dem er zum Wortwurf macht, daß er ein weit über das Ziel hinauschießendes staatliches Eingreifen erstrebe. Den politischen Organen werde der Weg zu den innersten Familienverhältnissen geöffnet, und die in Aussicht genommene behörliche Ueberwachung des Bau- und Wohnungswesens sei dazu angetan, den Selbsten die Herstellung von Kleinwohnungen zu verleißen, weil letztere dadurch zu teuer würden und keinen Gewinn mehr brächten. Das besagt also, daß das Selbstinteresse der Baukapitalisten über das Allgemeinwohl gesetzt wird. Instinktiv erblicken die Herren vom Bau in der staatlichen Förderung des Kleinwohnungswesens eine unliebsame Veausichtigung und eine unerwünschte Konkurrenz. Als dritter Gegner der Wohnungsreform macht sich dann noch, wie nicht anders zu erwarten, das bekannte Scharfmachertum bemerkbar. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ reitet eine schneidige Attacke gegen den Wohnungssozialismus, der wieder einen weiteren Schritt zum sozialistischen Zukunftsstaat bedeute und als ein gefährliches staatssozialistisches Experiment bezeichnet werden müsse. Es hat keinen Wert, auf eine Widerlegung dieser „ollen Kamellen“ einzugehen, denn dazu ist der Raum unserer Zeitung zu schab.

Wie bei jedem Versuche, dem ausbeuterischen Kapitalismus die Krallen zu beschneiden und die Volkswohlfahrt zu fördern, zeigt sich auch auf dem Gebiete der Wohnungsreform ganz deutlich eine Scheidung der Geister. Die Selbstbeutelernter, die Allgemeininteresse lautet die Parole. Und da muß sich denn ausweisen, welche Kräfte in unserm deutschen Vaterlande die stärksten sind. Verhängnisvoll war es, wenn der Geist der Selbstsucht den Sieg davon tragen sollte über den Geist des Solibarisimus.

Rundschau.

Der Verband der Deutschen Buchbinder hielt in der Zeit vom 28. bis 30. April seine Gauleiterkonferenz in Berlin ab. Neben der Erörterung der wichtigen Frage über die allgemeine Lage und einer längeren Debatte über die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ zur Situation wurden auch Richtlinien für Leuerungszulagen aufgestellt, die wir hier folgen lassen.

Der Beschluß der Gauleiterkonferenz betreffs Leuerungszulagen mit den Abänderungen der Tarifkommissionen für Berlin, Leipzig und Stuttgart lautet:

„Die Gauleiterkonferenz hält in Anbetracht der ungeheuren Verteuerung der ganzen Lebenshaltung folgende Forderungen für berechtigt und durchführbar:

1. Auf alle tariflichen Minimallohne der in Zeitlohn Beschäftigten ist eine Leuerungs-zulage von mindestens 50 Prozent zu gewähren.
2. Auf alle bestehenden, d. h. zurzeit gezahlten Löhne sind mindestens folgende Leuerungs-zuschläge zu zahlen:
 - a) für alle Arbeiter in Zeit- und Akkordlohn mit einem Wochenverdienst

	bis 35 M.	40 Proz.	50 Proz.
über 35-40 M.	35	45	45
„ 40-50 „	25	35	35
„ 50 M.	15	25	20

b) für alle Arbeiterinnen in Zeit- und Akkordlohn, mit Ausnahme der Hand-falzerinnen, die unter c) berücksichtigt sind, mit einem Wochenverdienst

	bis 20 M.	25 Proz.	30 Proz.
über 20-30 M.	20	25	25
„ 30 M.	15	20	20

- c) Die Akkordlöhne für Handfalzarbeiten erhalten einen Zuschlag von mindestens 50 Prozent.
 - d) Bei Berechnung der Leuerungs-zulagen für Akkordarbeiter und -arbeiterinnen ist der jeweilige Wochenverdienst maßgebend.
3. Bisher gewährte, durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-organisationen festgesetzte allgemeine Leuerungs-zulagen kommen in Beqfall. Lohn-aufbesserungen sind mit Leuerungs-zulagen nicht gleichgeltend und deshalb bleiben Lohn-aufbesserungen von allen diesen Forderungen gänzlich unberührt.“

Diese Forderungen wurden einstimmig als Beratungsgrundlagen angenommen. Die Haltung der „Buchbinder-Zeitung“ wurde mit großer Majorität als der Situation und den Verbandsinteressen entsprechend anerkannt.

Erneute Druckpreiserhöhung. Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat beschlossen, daß ab 1. Juni 1917 die Preise für alle Druckaufträge erneut erhöht werden.

Die allgemeine Leuerung und die durch den Mangel an Arbeitskräften verursachten erheblichen Lohnerhöhungen sind die Ursache, daß die im November 1916 erfolgte Druckpreiserhöhung um 25 Prozent ab 1. Juni auf 50 Prozent für alle Druckerarbeiten erhöht wird. Bei Werken, Zeit-schriften und Zeitungen erfolgt bei laufenden Lieferungen eine Erhöhung auf 33½ Prozent, bei neuen Aufträgen auf 40 Prozent.

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungs-verleger E. B., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7, hat nachstehende Mitteilung an die Schriftleitung unserer „Solibariät“ gesandt:

„Hiermit beehren wir uns sehr ergebenst mit-zuteilen, daß am 25. April d. J. die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger E. B. begründet worden ist mit dem Sitze in Berlin. Der Ver-einigung haben sich bisher angeschlossen:

Acht-Uhr Abendblatt, Berliner Abendpost, Berliner Abendzeitung, Berliner Allgemeine Zeitung, Berliner Blatt, Berliner Börsen-Courier, Berliner Börsenzeitung, Berliner Lokal-Anzeiger, Berliner Morgenpost, Berliner Morgenzeitung, Berliner Tageblatt, Berliner Volkszeitung, Deutsche Tageszeitung, D. J. am Mittag, Der Tag, National-Zeitung, Tägliche Rundschau, Vossische Zeitung, Neue Preuß. (Kreuz-)Zeitung, Welt am Montag.

Ramens und im Auftrage der vorgenannten Zeitungen bitten wir, dies zur Kenntnis zu nehmen und teilen gleichzeitig noch mit, daß die vor-geannten Zeitungen aus dem Verein Deutscher Zeitungsverleger ausgetreten sind. Dieser ist daher nicht mehr die Vertretung der unserer Vereinigung angehörenden Zeitungen.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger E. B.

Das Präsidium.“

Das Ergebnis der Lohnbewegung der Leipziger Metallarbeiter. Es wurde erreicht: Verkürzung der Arbeitszeit auf 52 Stunden wöchentlich (bisher 56 bis 63 Stunden); gefordert waren 48 Stunden Wochenarbeitszeit, Veseitigung der Ueberstunden und der Sonntagsarbeit, außer in bringenden Fällen. Die Löhne werden wie folgt geregelt: Gelehrte Arbeiter mit über 70 M. Wochenlohn erhalten keine Zulage, mit 60-70 M. Wochenlohn 5 Prozent Zulage, mit 55-60 M. Wochenlohn 7½ Prozent Zulage, allen anderen, die unter 55 M. Lohn erhielten, wird der Lohn auf 55 M. erhöht. Ungelehrte Arbeiter mit über 50 M. Wochenlohn erhalten keine Zulage, mit 46-50 M. Wochenlohn 5 Prozent Zulage, mit 42-46 M. Wochenlohn 7½ Prozent Zulage, für die übrigen Mindestwochenlohn 44 M. Jungen-löhe Arbeiter unter 17 Jahren erhalten: im Alter von 14-15 Jahren 25 M. Wochenlohn, 15-16 Jahren 30 M. Wochenlohn, 16-17 Jahren 35 M. Wochenlohn. Arbeiterinnen über

30 M. Wochenverdienst erhalten keine Zulage, mit 28-30 M. Wochenlohn 5 Prozent Zulage, mit 26-28 M. Wochenlohn 7½ Prozent Zulage. Mindest-Wochenlohn 25 M. Für die Verkürzung der Arbeitszeit tritt ein Lohnausgleich für alle Arbeiter ein. Diese Abmachungen treten in der Lohnwoche vom 23. bis 28. April zum erstenmal in Kraft.

Der Verband der Schneider im Jahre 1916. Am Schluß des Vorjahres zählte der Verband 13326 männliche und 7972 weibliche, insgesamt also 21298 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist im Berichtsjahr um 554 gestiegen, während die der männlichen um 3080 zurückgegangen ist. Die Beiträge sind in den beiden Jahren 1915 und 1916 im Verhältnis zu der geringen Mitgliederzahl ebensofort eingegangen, wie in den früheren Jahren. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen insgesamt 458 224 M., die Ausgaben dagegen 549 136 M., der Kassenbestand 971 511 M. Die als Familienunterstützung an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder aus der Hauptkasse gezahlte Summe betrug 167 098 M., die Krankenunterstützung belief sich auf 77 946 M. Die Gesamtausgabe an Familienunterstützung vom 4. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 beträgt 601 628 M., an Arbeitslosenunterstützung 120 833 M., und an Unterstütlungen aller Art während dieses Zeit-raumes 364 976 M.

Mit Ausnahme der Lohnregelung für ver-änderte bzw. neu eingeführte Uniformen für die Offiziere des Heeres fanden Lohnbewegungen im Jahre 1916 nicht statt. Die Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden wegen Leuerungs-zulagen hatten keinen Erfolg, was zur Folge hatte, daß ein außerordentlicher Verbandstag ein-berufen wurde, der die Kündigung aller laufenden Tarifverträge beschloß. Ueber die im Februar dieses Jahres geführten Tarifverhandlungen ist bereits berichtet, daß in der Herrenkonfektion eine Lohnzulage von 35 Prozent und in allen Branchen der Wäschneiderei eine solche von 25 Prozent erreicht wurde. Im allgemeinen war die Ge-schäftslage in allen Branchen der Schneiderei, Konfektion und Wäscheindustrie durch die Streckungsverordnung und die Bezugschein-regelung infolge des Mangels an Rohstoffen un-günstig beeinflusst. Bei Bezahlung von Heeres-lieferungen war der Verband stets bestrebt, wo dies irgend möglich, Verbesserungen für seine Mit-glieder zu erreichen; auch gelang es ihm, durch die einzelnen Orten errichteten Schlichtungs-kommissionen, namentlich in Berlin, besonders für die Arbeiterinnen, Hunderttausende von Mark an Lohn zu retten, die ihnen sonst durch das Anwen-dungssystem verloren gegangen wären. Diese Tätigkeits des Verbandes allein hätte bewirken müssen, daß sich die Beteiligten in viel größerer Zahl für den Beitritt zur Organisation erklärten, dann hätte für ihre wirtschaftlichen Interessen durch die Organisation noch mehr erreicht werden können.

Abfarnne als Schweinefutrer. Die Abfarnne eignen sich bestens zur Verfütterung an Schweine. Man kann entweder die Wurzeln vor dem Austreiben der jungen Wabel verwenden und diese dann möglichst frisch in der Erhaltungstation an Käufer- und Zuschweine sowie an Sauen während der ersten Hälfte der Trächtigkeit oder auch als starkemehl- und eiweiß-haltiges Beifutrer in der Mafz verabreichen. (Prof. Richardsen-Bonn und Prof. Hansen-Rönigs-berg) oder aber regelmäßig die jungen, im m e r v i e d e r n a c h t r e i b e n d e n W e d e l a b s t r e i b e n , mit geringem Wasserzusatz in einem Kessel dämpfen, mit dem Stampfer zerleinern und anderem Futrer beimischen (Div.-Veterinär Dr. Serbig). Die preussische Staatsforstverwaltung hat sich bereit erklärt, das Graben der Wurzeln im weitesten Umfange zu gestatten.

Man soll jede Meinung hören! Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb am 24. April: „Für die Behauptung, daß die Landwirte in irgendwie größerem Umfange Brottromm verfüttert hätten, fehlt auch der Schatten eines Beweises.“ Ferner schreibt der „Frankische Bauer“ in seiner Nr. 10: „Wenn die Ausmahlung des Brotgetreides bis auf 94 Prozent notwendig ist, dann tragen ein-qui Teil Schuld daran diejenigen Angehörigen des Bauernstandes, die unbekümmert um alle Er-mahnungen, um alle Hinweise auf den Ernst der Zeit, Brotgetreide verfüttert haben.“ Und das „Vereinsblatt des bairischen Bauernvereins“, Nr. 6: „Einen großen Teil der Verantwortung tragen alle diejenigen Landwirte, welche leicht-sinnig, ohne sich über die Folgen ihres Un-sinns Rechenschaft zu geben, die Verfütterungsverbote übertreten und Brotgetreide verfüttert haben.“